



Grundsatzklärungen der Göttinger Linken-Ratsfraktion zum Umgang mit den Haushaltsberatungen

Die GöLinke Ratsfraktion hat sich nach eingehender Beratung dazu entschlossen, sich an den aus unserer Sicht weitgehend nur noch ritualisierten Beratungen des Haushaltes nicht mehr zu beteiligen. Es gibt zwar etliche Notwendigkeiten und Bereiche, die es erforderten, wesentliche Veränderungen vorzunehmen, aber die uns vorgegebenen Auflagen, begründet durch das EHP, lassen ja von vornherein jegliche Erfolgsaussichten vermissen.

Da ist zum einen, die schon bei den ersten Erläuterungen zum Doppelhaushalt durch den Kämmerer gemachte Vorgabe, dass wir gezwungen werden sollen, zu jedem finanzwirksamen Antrag einen Deckungsvorschlag zu unterbreiten. Das bedeutet doch letztlich nichts anderes, als dass wir uns auf das Spiel einlassen müssten, dem einen etwas zu geben und dafür den anderen etwas zu nehmen. Da machen wir nicht mit. Wir beteiligen uns nicht an dem Auseinanderdividieren der einzelnen Förderempfänger und der Entsolidarisierung von Organisationen und Initiativen, die alle ihre Daseinsberechtigung haben und auf öffentliche Mittel angewiesen sind.

Da wird sich über gesteigerte Einnahmepositionen in Millionenhöhe z.B. der Gewerbesteuer gefreut und uns dann gleichzeitig mitgeteilt, dass die vertraglichen Bindungen mit dem durch den sog. Zukunftsvertrag uns dazu verpflichten jegliche Mehreinnahmen ausschließlich zum Zwecke der Schuldentilgung zu verwenden. Jede Flexibilität wird uns dadurch genommen. Alle Gestaltungsspielräume bezogen auf konjunkturelle Entwicklungen sind damit von vorn herein ausgeschlossen. Was sollen dann Ratsanträge wie z.B. der der Grünen, ein Archiv für Migration in Göttingen einzurichten, wenn von vorn herein feststeht, dass es für neue Ansätze faktisch gar keinen Raum geben soll?

Wie soll das Projekt Phönix zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder weitergeführt werden, dessen Modellcharakter und damit auch Förderung über Bundesmittel ausfallen?

Wie gehen wir um mit Situationen wie der angedrohten Erhöhung der Kreisumlage. Streichen wir noch einmal 5,4 Millionen Euro für den zweijährigen Doppelhaushalt zusammen? Wie kompensieren wir die schon jetzt bezifferbaren Mehrausgaben bei der „Hilfe zur Pflege“ und dem „Asylbewerberleistungsgesetz“. Verschließen wir einfach die Augen davor, in dem Wissen, dass es dann unausweichlich in den zwei anvisierten Haushaltsjahren zu einem oder gar mehreren Nachtragshaushalten kommen wird, wo dann die wahren Grausamkeiten in Form von Haushaltssperren und anderen Deckelungen ans Licht kommen werden.

Für all diese Eventualitäten oder gar schon jetzt voraussehbaren Fakten gibt es bisher keinerlei Antwort der Verwaltung. Für all die Restriktionen aus dem sog, Zukunftsvertrag hört man immer nur die lapidare Antwort: „Ja so ist das halt“. Es wird so getan, als ob wir uns einem gottgewollten Schicksal der eigenen Ohnmacht und Entmachtung widerstandslos hingeben müssten.

In einem Offenen Brief werfen Initiativen, Bürgerinnen und Bürger, die sich im Bündnis Lebenswertes Göttingen zusammengeschlossen haben berechnete Fragen auf, die ihnen bisher niemand beantwortet hat oder beantworten konnte.

Wo sind die Mittel für den Erhalt des Weender Freibades? Wo findet sich ein Ansatz zur Fortführung des Projektes Phönix für von Gewalt betroffene Kinder, wo eine notwendige Erhöhung für den Frauennotruf, die Therapeutische Frauenberatung, die medizinische Behandlung von Menschen, die aufgrund einer menschenverachtenden Asylpolitik in die Illegalität getrieben wurden? Wo sollen aus dem Schuletat Mittel abgezogen werden, um den auch von den Mehrheitsfraktionen geforderten Ansatz für eine Planungsgruppe einer weiteren IGS zu erübrigen? Wie soll die Existenz von DOMINO, einem Kinder- und Jugendtheater-Projekt die weiter gesichert werden? Wie soll die gekürzte Betreuungszeit der Fachkräfte, sprich Heilpädagoginnen in integrativen Kita-Gruppen aufgefangen werden, wenn das Ziel der Inklusion nicht zum Papiertiger verkommen soll? Wollen wir nun ein Archiv der Migration in Göttingen oder nicht? Sollen die schon in den letzten Jahren erfolgten Kürzungen im sog. Sammeltopf „sonstige Wohlfahrtseinrichtungen in rasantem Tempo weiter fortgeführt werden?

Wir werden ihnen aufzeigen, wo u.E. die Notwendigkeiten zur Korrektur für den geplanten Doppelhaushalt liegen würden. Wir werden die realen Erfordernisse den Kürzungsvorschlägen gegenüberstellen. Wir werden uns aber nicht mehr der Mühe unterziehen, jede zu verbessernde oder gar neu zu schaffende Einzelposition mit einem Finanzierungsvorschlag zu garnieren, weil wir diese Vorgehensweise ablehnen. Wir sind nicht gewillt wegen schon jetzt feststehender Erfolglosigkeit Arbeit für den Papierkorb zu produzieren.

Wir haben den sog. Zukunftsvertrag nicht gewollt! Wir fühlen uns deshalb auch nicht dazu verpflichtet uns nun in den Haushaltsberatungen ausschließlich seinem Diktat zu unterwerfen.